

Betreff: Juli-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

Datum: Wed, 18 Jul 2012 19:57:58 +0200

An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

In den letzten Wochen hat es eine spektakuläre Debatte um die Finanztransaktionssteuer gegeben. Dabei gab es auch einige verwirrende und irreführende Medienberichte.

Tatsächlich hat der Prozess eine schwierige Hürde genommen und ist um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Das können wir mit Genugtuung registrieren.

Zwei Ereignisse standen im Mittelpunkt:

- a. Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Opposition (vor allem SPD und Grüne) um ergänzende Maßnahmen zum Fiskalpakt,
- b. EU-Finanzministertagung (ECOFIN) am 22.6. in Luxemburg.

Im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalvertrag hat sich die Bundesregierung offiziell für eine teileuropäische Einführung einer Finanztransaktionssteuer bekannt und sich damit über den Widerstand der FDP und Teilen der Union hinweggesetzt, die auf einer EU-weiten Einführung beharrten. Nach den Verlautbarungen von Spitzenpolitikern der Koalitionsparteien in den letzten Monaten hatten wir einen solchen Beschluss früher oder später erwartet. Bemerkenswert ist dabei, dass nun abgespeckte Alternativen wie eine Kopie der britischen Stempelsteuer oder der französischen (Teil-) Finanztransaktionssteuer in den Hintergrund gerückt sind. Die Bundesregierung ist nun nämlich per Kabinettsbeschluss darauf verpflichtet, zügig auf eine möglichst umfassende Finanztransaktionssteuer hinzuarbeiten, die neben Aktien und Anleihen auch Devisen und Derivate erfassen soll.

Auf europäischer Ebene gab es mit dem Start einer "Verstärkten Zusammenarbeit" einen wirklichen Durchbruch: Der Versuch, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer einzuführen, wurde offiziell als gescheitert erklärt. Dies ist die erste Voraussetzung dafür, dass eine Koalition von mindestens neun Staaten die Steuer im Rahmen des formalen Verfahrens einer "Verstärkten Zusammenarbeit" einführen kann. Auch wenn sich einige Staaten noch nicht festgelegt haben, scheint dieses Quorum erreicht und die größten Staaten der Währungsunion (Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien) machen mit. Welchen Umfang die Steuer letztlich haben wird, ist bisher allerdings noch unklar. Eine Entscheidung über die genauere Ausgestaltung wird in den nächsten Monaten erwartet.

Einnahmen sollen frühestens 2014 (EU-Kommission) oder erst 2015 (Finanzministerium laut Spiegel) erzielt werden. Dies wurde neben dem Zeitbedarf für politische Verhandlungen auch mit notwendigen technischen Vorarbeiten begründet. Einnahmen kämen dementsprechend erst in der kommenden Legislaturperiode. Ein guter Erfolg für die Kampagne ist daher, dass der Parteikonvent der dann möglicherweise mitregierenden SPD erklärt hat, Einnahmen nicht nur für europäische Wachstums- und Investitionsprogramme, sondern auch für weltweite Armutsbekämpfung sowie Umwelt- und Klimaschutz verwenden zu wollen.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Deutsches Junktim: Finanztransaktionssteuer soll Fiskalpakt ergänzen
- Teil-europäische Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit

- G20 und Rio+20
- Kampagne in den USA
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

27. Juni: Das [Bundeskabinett](#) verabschiedet ergänzende Maßnahmen zum Fiskalpakt, darunter ein Beschluss zugunsten einer teileuropäische Finanztransaktionssteuer. [Bundeskanzlerin Merkel](#) will Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer dafür nutzen, die Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum anzugleichen.

21. Juni: Die Koalition einigt sich mit SPD und Grüne auf [ergänzende Maßnahmen zum Fiskalpakt](#). Die [Bundesregierung](#) soll demnach noch für 2012 einen Beschluss über eine europäische Finanztransaktionssteuer anstreben.

17. Juni: Ein eigens dafür aufgeschütteter [Sandsack-Wall](#) schützt die Frankfurter Börse vor Spekulationen.

17. Juni: CSU-Chef [Horst Seehofer](#) würde die Finanztransaktionssteuer notfalls auch im nationalen Alleingang einführen.

17. Juni: Internen Plänen zufolge rechnet das [Finanzministerium](#) laut Spiegel erst 2015 mit Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer.

16. Juni: Der [SPD-Parteikonvent](#) verkündet, einen Teil der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer auch für Entwicklungshilfe sowie Umwelt- und Klimaschutz verwenden zu wollen.

11. Juni: Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion [Thomas Oppermann](#) fordert von der Regierung einen Kabinettsbeschluss zur Finanztransaktionssteuer und einen klaren Fahrplan.

11. Juni: [Bundeskanzlerin Merkel](#) will die Finanztransaktionssteuer bei einem Vierer-Treffen mit den Staatschefs Frankreichs, Spaniens und Italiens voranbringen.

11. Juni: Die Finanztransaktionssteuer wird nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode kommen, so [Finanzminister Schäuble](#). Laut [Kanzleramtsminister Pofalla](#) könne man deswegen der Opposition ruhig entgegenkommen. Die Opposition ist erzürnt. Nach [Klarstellungen](#) legt sich die Aufregung wieder.

7. Juni: In den [Verhandlungen zum Fiskalpakt](#) verständigt sich eine Arbeitsgruppe von Koalition und Oppositionsparteien auf konkrete Eckpunkte für eine teil-europäische Finanztransaktionssteuer.

6. Juni: Die [FDP](#) rückt von ihrer Forderung ab, die Finanztransaktionssteuer müsse EU-weit eingeführt werden.

2. Juni: In den Verhandlungen zum Fiskalpakt deutet Bundeskanzlerin [Merkel](#) einen baldigen Kompromiss bei der Finanztransaktionssteuer an.

Entwicklungen im Ausland:

29. Juni: Der [Europäische Rat](#) bekräftigt die Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ziel einer

teileuropäischen Finanztransaktionssteuer.

22. Juni: Beim [Ecofin](#) wird die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene als gescheitert erklärt - und damit der Weg für eine teileuropäische Einführung freigemacht. Eine Gruppe von elf Staaten formiert sich dafür.

21. Juni: 52 Profis aus der Finanzwirtschaft plädieren in einem [offenen Brief](#) für eine US-amerikanische Finanztransaktionssteuer.

20. Juni: Der französische Präsident [Francois Hollande](#) erwartet für 2013 Einnahmen aus einer teileuropäischen Finanztransaktionssteuer.

18. Juni: Nach einer global in 13 Ländern durchgeführten [Umfrage](#) sprechen sich 63 Prozent der Befragten für eine Finanztransaktionssteuer aus.

18. Juni: EU-Kommissionspräsident [Barroso](#) schlägt vor, Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer für den Kampf gegen Hunger und Armut einzusetzen.

17. Juni: Der französische Präsident [Francois Hollande](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer als Teil eines europäischen Wachstumsprogramms.

13. Juni: Die Finanztransaktionssteuer könne noch dieses Jahr beschlossen werden, so [EU-Steuerkommissar Semeta](#). Wegen umfangreicher Vorarbeiten sei eine Erhebung aber erst 2014 möglich.

13. Juni: Italiens Premier [Mario Monti](#) ist nicht besonders von der Idee einer Finanztransaktionssteuer überzeugt: Sie müsse weltweit oder EU-weit eingeführt werden, um Wirkung zu zeigen.

7. Juni: Der neue [französische Europaminister](#) will Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer auch für Entwicklungshilfe und Klimaschutz verwenden.

1. Juni: [Kofi Annan](#) setzt sich dafür ein, Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe und Klimaschutz zweckzubinden.

Deutsches Junktim: Finanztransaktionssteuer soll Fiskalpakt ergänzen

Aus verfassungsrechtlichen Gründen brauchte die Bundesregierung in Bundestag und Bundesrat eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Fiskalpakt. SPD und Grüne hatten dies zum Anlass genommen, ein Verhandlungspaket aus Fiskalpakt, Wachstumspakt und Finanztransaktionssteuer zu schnüren. Bei der Finanztransaktionssteuer kam es rasch zu einer Einigung: Bereits Anfang Juni zeichnete sich ab, dass die FDP nicht auf einer EU-weiten Einführung bestehen würde. Eine Arbeitsgruppe aus Fachpolitikern von Koalition und Opposition legte am 7. Juni einen gemeinsamen Kompromiss zur Finanztransaktionssteuer vor, der mit einigen Änderungen am 21. Juni von den Spitzenvertretern von Koalitionsparteien sowie SPD und Grünen verabschiedet wurde.

Der Beschluss ist aus Sicht der Kampagne alles in allem positiv: Die Bundesregierung soll zügig eine Initiative zur teil-europäischen Einführung ergreifen, Verhandlungsbasis ist eine breite Bemessungsgrundlage inklusive Devisen und Derivaten und gerade nicht eine abgespeckte Variante wie die britische Stempelsteuer. Negativ ist dagegen die fehlende Einnahmenverwendung für weltweite

Armutsbekämpfung und Umweltschutz und der niedrige Steuersatz für Derivate. Die in den Kompromiss aufgenommene Rücksichtnahme auf Altersvorsorge, Kleinsparer und Realwirtschaft spricht nicht gegen die Finanztransaktionssteuer, könnte sich jedoch als Einfallstor für Aufweichungsversuche erweisen. Der Interpretationsspielraum hierfür liegt jedoch in erster Linie beim Finanzministerium, welches an den europäischen Verhandlungen teilnimmt und die allgemeine Finanztransaktionssteuer grundsätzlich befürwortet, und nicht bei der FDP, welche auf die entsprechende Passage gedrungen hatte.

Wortlaut der Einigung zwischen Koalition und SPD und Grünen

In der gemeinsamen [Erklärung](#) ("Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung") heißt es unter "Besteuerung von Finanzmärkten":

Wir wollen eine Finanzmarkttransaktionssteuer einführen.

Die Besteuerung von Finanzmärkten leistet einen wichtigen Beitrag, um die Kosten der Finanzkrise zu bewältigen und den Finanzsektor an den Kosten der Bewältigung zu beteiligen. Damit wird zugleich die Haushaltskonsolidierung vorangebracht und die Möglichkeit von Wachstumsimpulsen verstärkt.

Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstrumente umfassen, insbesondere Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Divisentransaktionen sowie Derivatekontrakte und mit einer breiten Bemessungsgrundlage bei einem niedrigen Steuersatz verwirklicht werden (1). Hierdurch wird die Belastung der einzelnen Finanztransaktionen gering gehalten. Durch die Ausgestaltung der Steuer wollen wir Ausweichreaktionen vermeiden (2). Dabei gilt es, die Auswirkung der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden sowie zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückzudrängen.

Zeitplan

In der EU liegt der Richtlinienvorschlag der Kommission vom 28.September 2011 zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag unterstützt und wäre dazu auch weiterhin bereit. Da die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten aber nicht erreichbar ist, wird sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten auf dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 2012 für den Weg der Verstärkten Zusammenarbeit (3) einsetzen. Sie wird unverzüglich einen Antrag auf Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit stellen und die Kommission im weiteren Verfahren nach Kräften unterstützen. Die Bundesregierung erwartet, dass die Kommission diesem Vorhaben höchste Priorität einräumt und ihrerseits umgehend alle Schritte einleitet, damit das europäische Gesetzgebungsverfahren möglichst bis Ende des Jahres 2012 abgeschlossen werden kann. Die nationale Umsetzung erfolgt dann unverzüglich. Sollte es nicht zu einer Verstärkten Zusammenarbeit kommen, wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, eine Besteuerung in möglichst vielen Mitgliedsstaaten im Rahmen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu erreichen.

Fußnoten:

- (1) Steuersatz nach dem Richtlinienvorschlag der Kommission: 0,1 %/ 0,01 % je Transaktionsteilnehmer.*
- (2) Hierbei werden alle vorgeschlagenen und diskutierten Instrumente (so z.B. im Änderungsantrag 19 (zu Artikel 3 b neu) im Econ-Beschluss vom 03.05.2012) geprüft.*
- (3) Bei der Verstärkten Zusammenarbeit müssen mindestens neun Mitgliedstaaten aktiv mitmachen. Wenn die Europäische Kommission auf einen entsprechenden Antrag hin einen Vorschlag zur Verstärkten Zusammenarbeit unterbreitet, ist ein Beschluss des Rates mit qualifizierter Mehrheit erforderlich.*

Pressemitteilung und gesamte Vereinbarung unter

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2012/06/2012-06-21-pakt-wachstum.html>

Einschätzung von Peter Wahl (WEED, Lenungskreis von Steuer gegen Armut) zu den Verhandlungen: ["Einigung bei Finanztransaktionssteuer naht - 'Attac wird trotzdem noch gebraucht'"](#) (taz, 13. Juni)

Der von den Koalitionsparteien mit SPD und Grünen ausgehandelte Kompromiss wurde am 27. Juni auch noch vom [Bundeskabinett beschlossen](#), um bindende Wirkung zu entfalten.

Haltung der Kampagne zum Fiskalpakt

Da unsere Kampagne ausschließlich zur Finanztransaktionssteuer arbeitet, haben wir stets darauf geachtet, uns Äußerungen zum Fiskal- und Wachstumspakt zu enthalten. Andererseits hat die Kampagne aber in vielfacher Form und nicht ohne Erfolg versucht, darauf Einfluss zu nehmen, dass die Verabredungen zur Finanztransaktionssteuer soweit wie möglich einen verbindlichen Charakter in unserem Sinne aufweisen.

Für eine Reihe von Mitgliedern der Kampagne, die dem Fiskalpakt skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, ist das Problem aufgetaucht, dass es ein hartes Junktim zwischen Zustimmung zu Fiskalpakt und Finanztransaktionssteuer geben könnte. Dementsprechend gab es die Befürchtung, man ließe sich die Zustimmung zum Fiskalpakt mit der Finanztransaktionssteuer abkaufen. Wenn das zugetroffen wäre, hätte es tatsächlich ein ernstes Problem für die Gegner des Fiskalpakts in unseren Reihen gegeben.

Die Steuerungsgruppe von Steuer gegen Armut ist zu folgender Einschätzung der Abläufe und Hintergründe gekommen:

1. Weder SPD noch Grüne haben jemals wirklich ernsthaft den Fiskalpakt ablehnen wollen.
2. Union, und hier vorneweg Merkel und Schäuble, hatten bereits vor den Verhandlungen zum Fiskalpakt signalisiert, dass sie zu einer FTS im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit bereit wären, und mussten daher keineswegs durch Druck der Opposition dazu gezwungen werden.
3. Daher gab es das Tauschgeschäft Fiskalpakt gegen FTS in Wirklichkeit nicht.
4. Die öffentliche Behauptung eines Junktims diene vor allem parteipolitisch motivierten strategischen, innerparteilichen und koalitionspolitischen Motiven.

Insofern besteht kein Anlass für die Annahme, unsere Kampagne habe sich für die Durchsetzung des Fiskalpakts instrumentalisieren lassen.

Teil-Europäische Finanztransaktionssteuer im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit"

Mit der Tagung des Ecofin am 22. Juni wurde die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen der *Verstärkten Zusammenarbeit* gestartet. Die seit Monaten aussichtslose EU-weite Einführung in allen 27 Mitgliedstaaten ist damit endgültig vom Tisch. Unsere Kampagne hatte sich schon seit längerem für die *Verstärkte Zusammenarbeit* eingesetzt.

Die *Verstärkte Zusammenarbeit* ist ein bisher wenig genutztes Verfahren, das Projekte im Rahmen des EU-Rechts ermöglicht, wenn mindestens neun Mitgliedsstaaten mitmachen. Beim ECOFIN haben vorerst elf Regierungen erklärt, sich zu beteiligen: Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich,

Griechenland, Italien, Malta, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien. Großbritannien sowie die Euro-Staaten Irland und Luxemburg lehnten ausdrücklich eine Beteiligung an der *Verstärkten Zusammenarbeit* ab. Andere Länder wollen sich die Sache überlegen. Es ist denkbar, dass im Zuge der Verhandlungen weitere Länder dazustoßen. Großbritannien hat erklärt, dass es dem Verfahren nicht im Wege stehen werde.

Das weitere Verfahren

Neun Länder müssen einen gemeinsamen Brief oder gleichlautende Briefe an die Kommission schreiben und um Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlages für die *Verstärkte Zusammenarbeit* bitten. Ziele und Anwendungsbereich der angestrebten Regelung müssen darin allgemein beschrieben werden. Daraufhin wird die Kommission einen neuen Vorschlag unterbreiten. Es ist davon auszugehen, dass dieser nahe am bisherigen Entwurf der Richtlinie liegen wird. Danach muss das Europaparlament zustimmen. Dann muss der Rat dem Verfahren (nicht den Inhalten) mit qualifizierter Mehrheit (Stimmgewichtung der Länder angelehnt an die jeweilige Bevölkerungszahl) zustimmen. Das Veto eines einzelnen Staates (z.B. Großbritannien) könnte das Verfahren also nicht stoppen. Dann wird der Inhalt beraten und unter den an der Zusammenarbeit interessierten Ländern entschieden.

Wie man an dem komplizierten Verfahren sehen kann, sind wir noch nicht endgültig am Ziel, und es gibt noch Gelegenheiten zur Verwässerung des Projekts. Andererseits ist die Dynamik so weit gediehen, dass ein Scheitern ziemlich unwahrscheinlich geworden ist. Da Frankreich und Deutschland das Projekt mit einiger Entschlossenheit und inhaltlich doch einigermaßen guten Positionen betreiben, dürfte die Dynamik auch nicht erlahmen. Ob der angekündigte Zeitplan, bis Jahresende zu einem Abschluss zu kommen, eingehalten wird, ist unklar.

Für die Zivilgesellschaft bedeutet all dies auf jeden Fall, dass wir mit unserer Aufmerksamkeit und politischem Druck nicht nachlassen dürfen.

WEED-Faktenblatt "Durchbruch bei der Finanztransaktionssteuer":

http://www2.weed-online.org/uploads/faktenblatt_fts_durchbruch.pdf

G20 und Rio+20

Beide Gipfel sind von der Zivilgesellschaft aus unterschiedlichen Gründen als Misserfolg bewertet worden. In Bezug auf die FTS gab es zwar keinen Durchbruch, aber kleine Mosaiksteine des (verbalen) Fortschritts in Bezug auf die Mittelverwendung.

G20

So hat sich EU-Kommissionspräsident Barroso in Los Cabos positiv zu einer FTS geäußert (Übersetzung handschriftlicher Notizen aus Barrosos Pressekonferenz): *“Wir erwarten, dass die FTS Realität wird, in der EU und wenn möglich global. Gemeinsam mit anderen innovativen Wegen zur Finanzierung von Entwicklung wird sie ein Beitrag zur globalen Solidarität sein ... Wir erwarten, dass wir bald zu einer Entscheidung über eine Einigung kommen werden ... Ich werde diesen Punkt auch in Rio ansprechen ... Wir werden die Ärmsten der Welt nicht vergessen.”*

Auch Präsident Hollande äußerte sich zur FTS und zur Entschlossenheit einiger europäischer Staaten (inkl. Deutschlands), eine solche Steuer 2013 einzuführen. Er stellte dies in den Zusammenhang der Notwendigkeit innovativer Finanzierungsinstrumente für den Kampf gegen Armut und fügte hinzu, dass man nicht nur darüber reden dürfe, sondern es auch tun müsse.

Rio+20

In Rio hat sich dann vor allem Francois Hollande zur FTS geäußert (freihändige Übersetzung):

“Seit langer Zeit habe ich die Einführung einer FTS unterstützt, und das tue ich nun auch als Präsident der Französischen Republik. Und ich erkläre noch einmal, dass ein großer Teil der Einnahmen aus dieser Steuer für Entwicklungsziele verwendet werden sollte ... Jedermann weiß, dass die direkten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der Krise und der angespannten Budgets eher stagnieren werden. Wenn wir also unsere Verpflichtungen erfüllen wollen, müssen wir alle Einnahmen aufbringen, die möglich sind. Es gibt einige: CO2-Beiträge, Steuern auf eine Reihe von Produkten, und da ist diese Idee einer Finanztransaktionssteuer. Ich weiß, dass einige der – im ökonomischen Sinn – liberalsten Länder diese Steuer nicht wollen. Eine Reihe von europäischen Staaten – und dies wird Gegenstand von Verhandlungen sein, die wir Ende Juni auf dem Europäischen Rat führen werden –, eine Reihe von Staaten wird möglicherweise im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit diese Steuer schaffen, und Teile der Einnahmen sollten für Entwicklung verwendet werden.“

Außerdem haben sich (auf einer Nebenveranstaltung der Leading Group on Innovative Financing for Development) auch die Entwicklungsminister von Belgien, Finnland und Norwegen für die Finanztransaktionssteuer und die Verwendung der Einnahmen für Entwicklung ausgesprochen.

Kampagne in den USA

In den USA wurde am 20. Juni eine Robin Hood Tax-Kampagne gestartet. Treibende Kraft ist die Gewerkschaft der amerikanischen Krankenschwestern (NNU – National Nurses United), „a real fighting Union“, wie auf ihrer Jahresversammlung und Kundgebung in Chicago am 18. Mai deutlich wurde. Die NNU versucht, auch die Occupy-Bewegung und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen mit einzubeziehen.

<http://robinhoodtax.org/latest/robin-hood-tax-launch-day>

Kampagnenaktivitäten

Sandsackwall gegen Spekulation an der Frankfurter Börse

Rund 200 AktivistInnen errichteten am 17. Juni einen Sandsackwall um die Frankfurter Börse, um die Spekulation an den Finanzmärkten einzudämmen. Verbaut wurden 12000 Sandsäcke zu je 12 Kilo. Schon nach kurzer Zeit verschwanden Bär und Bulle hinter einer Mauer aus Sandsäcken, den spekulierenden Bankern ging die Puste aus.

Mit der Aktion verliehen Campact, Attac, Oxfam und lokalen Gruppen der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer Nachdruck. 4000 Personen hatten dazu im Vorfeld einen Sandsack gespendet. Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben.

Aktionsbericht: <https://www.campact.de/finanzkrise/damm/sandsack>

Film: <http://youtu.be/F9MJgRR2uQs>

Die Aktion hat ein gutes Medienecho hervorgebracht. Hier stellvertretend ein paar Links zur Berichterstattung.

1. <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/symbolaktion-vor-der-boerse-sandsack-wall-gegen-spekulation-11789135.html>

2. <http://www.fr-online.de/frankfurt/kapitalismuskritiker-spekulanten-in-die-schranken,1472798,16405274.html>
3. <http://www.welt.de/newsticker/news3/article106616653/Mit-Sandsaecken-gegen-die-Spekulation-an-Finanzmaerkten.html>
4. <http://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/demonstration-ein-wall-aus-sandsaecken-vor-der-frankfurter-boerse/6763082.html>

Offener Brief aus der Finanzbranche

Über 50 hochrangige Personen aus der Wall Street, der City of London und anderen Finanzplätzen haben sich in einem offenen Brief hinter die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gestellt, um Mittel zur weltweiten Armutsbekämpfung zu generieren. Zu den Unterzeichnern gehören Arielle de Rothschild, (Rothschild Gruppe); Andreas Neukirch (GLS Bank), Dirk Müller (Börsenhändler), Barry Marshall (ehemals Gartmore Gruppe und Dr. William Barclay (ehemals Vize President der Chicago Stock Exchange) sowie acht frühere Führungskräfte von Goldman Sachs und JP Morgan.

Brief im deutschen Wortlaut:

https://www.oxfam.de/finanzexperten_finanztransaktionssteuer

Mehr Infos:

<http://robinhoodtax.org.uk/latest/more-50-financiers-back-robin-hood-tax>

Pressemitteilungen

21. Juni: Internationale Finanzexperten sprechen sich für schnelle Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus - Kampagne erhält Rückenwind aus der Finanzbranche

52 international anerkannte Experten aus der Finanzbranche, darunter der ehemalige Frankfurter Börsenhändler Dirk Müller und der Chef der GLS Bank, Andreas Neukirch betonen in einem offenen Brief die stabilisierende Wirkung der Steuer und fordern die Staats- und Regierungschefs der EU und der G-20 auf, die Steuer auf den Handel mit Finanzprodukten schnell einzuführen.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

17. Juni: BürgerInnen bilden Sandsackwall gegen Spekulation vor Frankfurter Börse

Tausende Sandsäcke sollen Spekulation an der Frankfurter Börse eindämmen. Mit der Aktion fordert die Kampagne eine zügige Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

13. Juni: Appell der deutschen und französischen Kampagne zum Treffen zum Spitzentreffen der SPD und französischen Sozialisten

Die Spitzen von SPD und Parti Socialiste treffen sich in Paris, um im Rahmen eines europäischen Wachstumsprogramms auch über die Finanztransaktionssteuer zu sprechen. "Steuer gegen Armut" und die französische Schwesterkampagne appellieren an die Politiker, die weltweite Armutsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge dabei nicht aus dem Blick zu verlieren.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

7. Juni: Finanztransaktionssteuer: FDP erweist Kleinsparern und Realwirtschaft einen Bärendienst

Unter dem Verweis auf Kleinsparer und Realwirtschaft will die FDP ein Einfallstor schaffen, um die geplante Finanztransaktionssteuer aufzuweichen. Doch die Steuer ist sowohl für Anleger als auch die Realwirtschaft vorteilhaft. Die FDP verhandelt dagegen lediglich im Sinne der Großspekulanten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

6. Juni: Weg frei für die Finanztransaktionssteuer - Jetzt kommt es auf das Wie an

Die FDP stemmt sich nicht länger kategorisch gegen eine teileuropäische Finanztransaktionssteuer. Nun darf die Steuer aber nicht verwässert werden und bei der Mittelverwendung müssen soziale Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft walten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.